

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Gewerbliche Sammlung von Abfällen; Führung eines Rechtsstreits

Vorlage des Magistrats
- 101.17.877 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Erhebung von Klagen der Stadt Kassel gegen Bescheide des Regierungspräsidiums Kassel zur gewerblichen Sammlung von Abfällen wird gemäß § 51 Nr. 18 HGO zugestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: CDU

Enthaltung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Dem Antrag des Magistrats betr. Gewerbliche Sammlung von Abfällen;
Führung eines Rechtsstreits, 101.17.877, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin